

DRAFD INFORMATION



Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland« e.V.

Februar 2009

Bilanz gezogen und neuen Vorstand gewählt

Mitgliederentwicklung nach wie vor rückläufig, dennoch zahlreiche Kontakte geknüpft

Viele Mitglieder waren es an diesem 22. November 2008 nicht, die den Weg zur Mitgliederwahlversammlung in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße fanden. Ein Fakt, der das Hauptproblem des Verbandes nachdrücklich deutlich machte: die auf Grund des Alters ständig abnehmende Zahl der Mitglieder. Heinz Köller, amtierender Vorsitzender, griff dieses Thema in seinem Tätigkeitsbericht auf und sprach die damit verbundenen anderen Probleme an. Dem Verband ist es in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen, junge und jüngere Menschen für die Arbeit in der DRAFD zu gewinnen. Hoffnungsvolle Aktivitäten – wie Reisen zu Erinnerungsorten oder Ausstellungen an denen in der Vergangenheit viele Junge teilnahmen, führten nicht dazu, dass die Zahl der Mitglieder größer wurde. Nach wie vor ist es so, dass die ebenfalls rückläufigen Aktivitäten, die jedoch angesichts der Herausforderungen der Zeit dringend erforderlich wären, auf den Schultern der Alten ruhen. Diese sind wegen gesundheitlicher Dispositionen vielfach nicht mehr in der Lage, Erforderliches auf den Weg zu bringen. Dennoch konnten in der vergangenen Legislaturperiode zahlreiche Kontakte insbesondere zu Schulen angebahnt bzw. ausgebaut werden. Mitglieder wie z. B. Lore Krüger, Nelly Sturm, Hans Heisel und Walter Schönfeld waren daran u. a. beteiligt. Werner Knapp knüpfte eine Verbindung zum Netzwerk »Toleranz und Demokratie«.

Im Rahmen dieses Projektes führen Berliner Schüler mit Unterstützung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Interviews mit Zeitzeugen und fertigen da-

zu Dokumentationen an. Ein Austausch wurde auch zwischen DRAFD und NaturFreunden vereinbart. Beiträge über NaturFreunde-Mitglieder, die im antifaschistischen Kampf aktiv waren erschienen daraufhin in Ausgaben der DRAFD-

Internetseite der DRAFD soll sich etwas bewegen. Unter der Regie des neuen Mitglieds Hans-Joachim Guttmann werden die Seiten umgestaltet und aktualisiert.

Auf Grund der rückläufigen Mitglie-



Heinz Köller und Stefan Doernberg (rechts) legen an der Gedenktafel für die Opfer des 20. Juli in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand Blumen nieder. Foto: J. Haseloff

Informationen. Eine Vereinbarung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sichert die Aufbewahrung und Überarbeitung der beiden DRAFD-Ausstellungen »Für Deutschland. Gegen Hitler« und »Deutsche in der Résistance«. Auch auf der seit Jahren äußerst vernachlässigten

derentwicklung sanken auch die Einnahmen aus Beiträgen und die Auflage der DRAFD-Information – sie ist das Hauptinstrument des Kontaktes der Mitglieder untereinander und erschien im zurückliegenden Berichtszeitraum zweimal jährlich regelmäßig – ging ►

Breite Front von Hitler-Gegnern vereint

DRAFD gedenkt der mutigen Frauen und Männer des 20. Juli

Mit unserer Kranzniederlegung für Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seine Kampfgefährten setzen wir eine jahrelange Tradition fort, anlässlich der Jahresmitgliederversammlung der DRAFD jener Offiziere zu gedenken, die im Ergebnis des missglückten Attentats auf Hitler wenige Meter von hier entfernt am Abend des 20. Juli 1944 standrechtlich erschossen wurden.

Mit ihnen ehren wir die über 400 Patrioten, die im Zusammenhang mit der Operation »Walküre« durch den sogenannten Volksgerichtshof und dessen Vorsitzenden, den Faschisten Freisler zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Darunter die Kommunisten Anton Saefkow, Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Georg Schumann, Ferdinand Thomas, um nur einige zu nennen. Über 1.000 Gleichgesinnte wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen.

Die Operation »Walküre« war eine antinazistische, patriotische Tat, die objektiv auf die Beseitigung des Hitlerregimes gerichtet war. Es gibt manche, die Anstoß nehmen an der uns bekannten wech-



Werner Knapp

Fotos: Juliane Haseloff

selvollen Vergangenheit des Obersten von Stauffenberg. Dies sollte jedoch unsere Hochachtung vor seiner Handlung gegen Hitler nicht beeinträchtigen. Die Kameradinnen und Kameraden der DRAFD, die in den Kriegsgefangenenla-

gern und an den Fronten wichtige Aufklärungsarbeit leisteten, wissen über die Schwierigkeiten zu berichten, deutsche Gefangene von der sie beherrschenden menschenverachtenden faschistischen Ideologie zu befreien. Erst nach der Niederlage bei Stalingrad war der größere Teil ehemaliger deutscher Wehrmachtangehöriger dazu bereit, sich den Ideen und Losungen des »Nationalkomitees Freies Deutschland« zu öffnen, umzudenken und kritischer mit der eigenen Vergangenheit umzugehen. Dieses Recht sollte auch den Attentätern auf Hitler eingeräumt werden.

Das Attentat fand zu einem Zeitpunkt statt, als die kriegsentscheidenden militärischen Niederlagen der faschistischen Wehrmacht bei Stalingrad und Kursk bereits das endgültige Ende der Hitlerdiktatur voraussehen ließen. Die Rote Armee hatte die polnischen Grenzen erreicht und holte zum Vorstoß auf Berlin aus. Nach ihrer erfolgreichen Landung in der Normandie waren die Westalliierten zum Vormarsch auf Paris angetreten. Das war der militärpolitische Hintergrund des Attentats im Führerhauptquartier bei ►

Fortsetzung von Seite 1 drastisch zurück. Erfreulich ist, dass die Spendenbereitschaft nach wie vor ungebrochen ist. So konnten die wichtigsten und grundlegenden Aktivitäten von DRAFD durchgeführt werden. Hierzu zählt beispielsweise der 15. Jahrestag der Gründung des Verbandes, der 2007 mit einer Feierstunde begangen wurde. Fortgesetzt werden konnte auch die Arbeit am biografischen Handbuch in Zusammenarbeit mit dem Dietz Verlag.

Die anschließende Diskussion widmete sich überwiegend dem Thema Arbeit mit Nachlässen. Wie können sie aufgearbeitet werden? Wo sollten sie hinterlegt werden? Worauf kommt es an? Grundlage für die Diskussion dazu gaben Charles und Francois Melis, die über den Stand und die damit verbundenen Probleme der Aufarbeitung des Nachlasses ihres Vaters, des verstorbenen DRAFD-Vorsitzenden Ernst Melis, berichteten. (Lesen Sie dazu auf den

Seiten 5 und 6). Abschließend wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand und Stefan Doernberg zu ihrem Vorsitzenden
J. H.

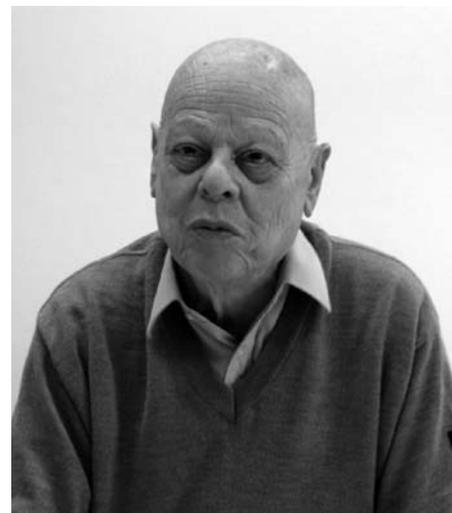
Neuer Vorstand

Prof. Dr. Stefan Doernberg,
Vorsitzender
Kurt Guttmann
Werner Knapp
André Lohmar
Dr. Gisela Petruschka
Hanna Podymachina
Walter Schönfeld
Dr. Günter Wehner
Harald Wittstock

Mitglieder des Beirats

Horst Bernhard
Marianne Brümmer
Dr. Peter Fisch
Jonny Granzow
Elke Hälker
Hans Heisel

Lore Krüger
Dr. Charles Melis
Dr. Hermann-Ernst Schauer
Dr. Horst Behrendt



Als neuer DRAFD-Vorsitzender wurde Prof. Dr. Stefan Doernberg gewählt.

Fortsetzung von Seite 2 Rastenburg. Der Hergang des Attentats wurde vielfach verfilmt und in der Literatur wiederholt breit beschrieben und kommentiert. Sein Gelingen hätte den Bann des geistlosen Führerkults gebrochen und die faschistischen Machtstrukturen ins Wanken gebracht. Das Leben von vielen Millionen Menschen wäre geschont worden und Deutschland nicht in Schutt und Asche versunken.

In Vorbereitung der Kranzniederlegung war ich gebeten worden, auch darüber zu berichten, wie die Nachricht über das Attentat in meiner Einheit von meinen tschechischen und slowakischen und auch sudetendeutschen Kameraden an der 2. Front aufgenommen wurde. Das ist in wenigen Worten undramatisch geschildert.

Unsere Panzereinheit lag damals in der Normandie im Bereitschaftsraum bei Dünkirchen. 24 Stunden später sollten dort verloren gegangene Objekte zurückerobert werden, für einige die Feuerernte. Das war die Situation, als man zu einer Politstunde im Wald zusammen saß und ein Offizier offiziell über das Attentat informierte. Natürlich fand diese Nachricht lebhaftes Interesse, wenn auch ohne Euphorie und Diskussion.

Verständlicherweise beschäftigte man sich mit dem bevorstehenden Einsatz am nächsten Tag und danach. Mich »Reichsdeutschen« bewegte diese Nachricht natürlich anders und mehr als meine tschechischen und slowakischen Kameraden. Brachten sie mir und auch den sudetendeutschen Kameraden gegenüber stets Wertschätzung entgegen, so gab es doch bei manchen unterschwellig stets eine gewisse Aversion gegenüber allem Deutschen, was in Anbetracht der Blutspur, die der deutsche Faschismus auch in der Tschechoslowakei hinterlassen hatte, nur zu verständlich war. So führten meine Bemerkungen, die ich in diesem Zusammenhang ergänzend zu den Ausführungen des Offiziers machte, nämlich dass auch dieses Attentat beweise, dass es ein anderes Deutschland gebe, zwar zu gewisser Nachdenklichkeit, aber auch nicht zu mehr. Man war, wie schon gesagt, mit seinen Gedanken beim bevorstehenden Einsatz.

Bekanntlich setzte sich die Verschwörung aus sehr verschiedenen Strömungen zusammen, die sich auch in ihren Zielen voneinander unterschieden. Da war der Kreis um den Obersten Claus Graf Schenk von Stauffenberg mit Patri-

oten aus dem Offizierskorps, aus dem Bürgertum, dem vom Grafen Helmut von Moltke geleiteten christlich-sozialen Kreisauer Kreis mit Pfarrer Harald Poelchau, mit Graf von Schulenburg, mit Adam von Trott und Peter York von Wartenburg sowie den Sozialdemokraten Prof. Adolf Reichwein, Julius Leber und Wilhelm Leuschner. Diesen aufrechten Patrioten ging es um eine Ordnung, die alle demokratischen Deutschen zu Trägern des Staates machen und diesem Recht und Gerechtigkeit verbürgen sollte. Die Hitlerdiktatur sollte durch



eine demokratische Republik ersetzt, der Krieg sofort beendet und die deutschen Truppen vorbehaltlos hinter die Reichsgrenzen zurückgezogen werden. Zur Sowjetunion sollten künftig immer gutnachbarliche Beziehungen gepflegt werden.

Dieser Konzeption entgegen stand bekanntlich die Konzeption der Gruppe um den Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und den Generaloberst Ludwig von Beck, deren abenteuerliche Illusion es war, die Antihitlerkoalition zu entzweien und machtpolitisch jene Kräfte zu stärken, die sich als Vertrauensleute des Großkapitals und der Militaristen politisch nicht zu sehr kompromittiert hatten.

Im Gegensatz zu dieser Strömung suchte Oberst von Stauffenberg den Kontakt zu den Kommunisten. Er wusste um die große Bedeutung des Zusam-

menschlusses aller gegen Hitler operierenden Kräfte und suchte darum besonders diese Verbindung.

Bereits im Februar 1944 hatten führende Funktionäre der KPD unter Leitung von Franz Jacob und Anton Saefkow in Anlehnung an das Programm des NKFD eine gemeinsame politische Plattform erarbeitet. Große Bedeutung hatte man darin der Ablehnung jeglichen Sektierertums beigemessen. So hieß es: »Wir Kommunisten reichen jedem Hitlergegner die Hand und schlagen in jede ehrliche und gerechte Hand ein zum gemeinsamen Kampf gegen den Volksfeind Hitler!«

Auf Wunsch des Obersten von Stauffenberg kam es über Mittelsmänner zu mehreren Besprechungen, darunter mit General Fritz Lindemann in Dresden. Besondere Bedeutung hatte eine grundlegende Aussprache von Franz Jacob und Anton Saefkow mit den beiden Sozialdemokraten Julius Leber und Prof. Adolf Reichwein. Beide hatten den Weg zur Einheitsfront mit den Kommunisten beschritten. Gleichzeitige Verhandlungen Georg Schumanns über Mittelsmänner mit Carl Goerdeler blieben ohne nennenswertes Ergebnis. In dieser Zeit erreichte die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung ihre größte Breite und Wirksamkeit.

Die offizielle Traditionspflege vernachlässigt bedauerlicherweise in der Regel diese Seite der Aktivitäten von Stauffenberg oder verbindet seinen Namen – offenbar dem schlechten Zeitgeist geschuldet – mit antikommunistischen Phrasen. Diese verfälscht die Geschichte und widerspricht dem persönlichen und patriotischen Anliegen, dem sich Stauffenberg sowie seine Mitstreiter wie auch die antifaschistischen Widerstandskämpfer gemeinsam verschrieben hatten.

Als Mitglieder unserer überparteilichen Organisation DRAFD wissen wir aus eigener Erfahrung, welche große Bedeutung auch heute dem parteiübergreifenden Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen alle Versuche zukommt, den Neonazismus neu zu beleben. Diese Erfahrung an die junge Generation stets weiter zu vermitteln ist der beste Weg, das hehre Anliegen der mutigen Patrioten Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seiner Mitstreiter zu pflegen und in Ehren zu halten.

Werner Knapp

Publikation gegen das Vergessen

Lexikon zeichnet Biografien Berliner Antifaschisten nach

1994 entstand das Projekt im Zusammenhang mit der Rückbenennung von Straßennamen und Plätzen, die die Namen von Antifaschisten trugen. Es sei hier an die Artur-Becker-Straße erinnert die an den jüngsten Reichstagsabgeordneten der KPD und Interbrigadisten in Spanien erinnerte und nun wieder den Namen des Deutschen Ordenshochmeisters Kniprode trägt. Das Autorenkollektiv des Lexikons wollte eine Publikation gegen das Vergessen schaffen. Ein breites Verhältnis zum antifaschistischen Widerstand war die Basis für die Erarbeitung des Lexikons.

Die Biografien von ca. 15.000 Berlinern wurden erfasst. Ein Drittel davon sind Frauen, die am Widerstand aktiv beteiligt waren; der Anteil Jugendlicher war fast ebenso groß. Widerstehende aus der Arbeiterbewegung sind anteilmäßig am stärksten vertreten; der kirchliche Widerstand wird überwiegend durch die Zeugen Jehovas getragen. Nicht berücksichtigt im Lexikon sind rassistisch verfolgte Bürger, sofern sie nicht im Widerstand tätig sein konnten. Der Anteil der Widerstandskämpfer betrug bezogen auf die Einwohnerzahl Berlins rund ein Prozent.

Die Biografien – wurden soweit vorhanden – mit dem Bild der Person versehen – in fünf Blöcken wiedergeben. Der erste Block umfasst den Familiennamen (bei Frauen den Namen unter dem sie ausschließlich oder vorwiegend Widerstand leisteten), den Rufnamen, bei Frauen den Mädchennamen, Titel, Geburts- und Sterbedatum; der zweite Block enthält den Geburtsort, den Beruf, die Wohnadresse, die Partei- bzw. Organisationszugehörigkeit, Angaben zur Familie, den beruflichen und politischen Werdegang bis 1933; der dritte Block beschreibt die Widerstandstätigkeit und vermittelt Angaben zur Verurteilung und Inhaftierung sowie Informationen über den weiteren Lebensweg in den Jahren von 1933 bis 1945; der vierte Block ist – soweit die Personen die NS-Diktatur überlebten – der Zeit nach 1945 gewidmet; im fünften Block findet der Nutzer des Lexikons Angaben zum Bestattungsort, zur Benennung einer Straße, eines Weges oder eines Platzes nach dem Antifaschisten sowie Angaben über

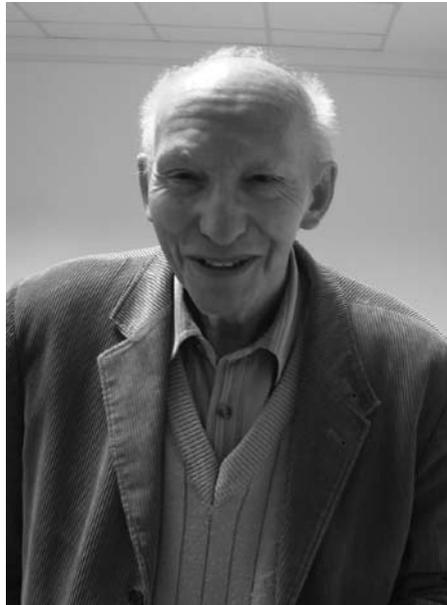


Bild oben: Günter Wehner hielt auf der DRAFD-Wahlversammlung den nebenstehend abgedruckten Vortrag. Bild unten: Im Gespräch Rolf Berthold (links) und André Lohmar.
Fotos J. Haseloff



Denkmale oder eines Gedenksteines zu Ehren derselben.

Das Lexikon besteht aus zehn Bänden, davon sind acht Biografiebände von A bis Z, die jeweils neben den Namen und Biografien ein Abkürzungsverzeichnis und ein Personenregister enthalten. Im Band 9 ist das Gesamtpersonen- und Decknamenverzeichnis aufgenommen. Der Band 10 enthält alle Betriebe und staatlichen Institutionen in den es Wi-

dersandsgruppen bzw. Zellen gab mit den Namen der dort beteiligten Antifaschisten. Es werden die uns bekannten namentlich gekennzeichneten Gruppen bzw. Widerstandsorganisationen angeführt sowie die Beteiligten am Widerstand in den Gewerkschaften, Parteien, kultureller, halb-militärischer und Jugendorganisationen, Beteiligte am militärischen Widerstand und aus den Reihen religiöser Einrichtungen, um den Nutzern das Suchen nach Beteiligten am Widerstand zu erleichtern. Ferner sind alle Berliner Stadtbezirke im Band 10 erfasst. Abgeschlossen wird dieser Band mit dem Quellen- und Literaturverzeichnis.

Gegenwärtig wird an einer 2. erweiterten Auflage gearbeitet.

Die Publikation steht in engster Verbindung zur DRAFD, da nicht wenige Mitglieder derselben auch in Berlin illegal wirkten, bevor sie an der Seite der Armeen der Antihitlerkoalition kämpften. 25 Frauen und Männer aus der DRAFD

sind im Lexikon aufgeführt. Unter ihnen Prof. Dr Wolfgang Abendroth, Theo Balden, Erwin Bartz, Dr. Horst Behrendt, Helene Berner, Willy Brandt, Dr. Herbert Crüger, Prof. Dr. Hermann Duncker, Herta Gräf geb. Kaule, Dr. Falk Harnack, Werner Illmer, Max Kahane, Werner Knapp, Marie-Luise Plenner geb. Weinand, Ella Schwarz geb. Winzer, Ilse Stöbe und Otto Winzer.

Günter Wehner

Materialien für Forschung nutzbar machen

Arbeitsgruppe bilden zur Archivierung der DRAFD-Dokumente

Seit der Gründung der DRAFD im Jahr 1992 gibt es eine nicht zu unterschätzende Zahl von Dokumenten unserer Organisation.

Dazu zählen die alljährlichen Ausgaben der DRAFD-Information und unsere Sonderausgaben, die Fotos, Dokumente und persönlichen Auszeichnungen, Dokumente und Gedenkmedaillen unserer Mitglieder sowie die Dokumentenmappen unserer Ausstellungen nebst Quellen zu den Publikationen, die von der DRAFD herausgegeben wurden.

Ferner gehören zu unseren unersetzlichen Quellen die Dokumentarfilme zum geleisteten Widerstand von DRAFD-Mitgliedern und die Dokumente zu den Gedenkfahrten an die Stätten des Widerstandes in Frankreich, Italien und Griechenland.

Wir sind auch im Besitz von persönlichen Unterlagen, die uns von DRAFD-Mitgliedern übergeben wurden.

Diese Dokumente liegen bisher ungeordnet im Berliner Bürohaus Franz-Mehring-Platz. Die besten Quellen nützen nichts, wenn sie nicht sachgemäß archiviert und für die Forschung und Geschichtspromaganda in unserem Sinne geordnet sind. Der sinnvolle Einsatz unseres Faktenmaterials sowie der sachgemäße Erhaltungszustand desselben ist nur möglich, wenn alles vorhandene Dokumentenmaterial gesichtet und ordentlich archiviert wird.

Dazu sollte eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Gegenwärtig gibt es erste Kontakte zu Mitgliedern des Förderver-

eins »Rotfuchs« die uns bei unserem Vorhaben helfen würden.

Nach der Sichtung unseres Dokumentenbestandes und Auflistung desselben ist zu überlegen, wo unsere Unterlagen archiviert werden sollten. Das Sinnvollste wäre, Kontakt aufzunehmen zum Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Dort befindet sich u. a. das in sich geschlossene Archiv des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, des Kreiskomitees der Antifaschisten aus Berlin-Pankow und das Archiv der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (BVVDN) e. V. Die genannten Unterlagen sind jeweils als gesonderte Archive im Bestand des Bundesarchivs aufgenommen. Sie bilden aber mit dem umfangreichen Dokumentenbestand im Bundesarchiv zur faschistischen Diktatur in Deutschland bestehend aus Nazijustiz-, Täter-, VVN-Akten sowie Nachlässen und Erinnerungsberichten verfolgter Frauen und Männer eine sinnvolle Einheit, die der Erforschung und Publikation des antifaschistischen Widerstandes eine breite Basis geben.

Nur durch diese Dokumentenbestände konnte die Geschichtswerkstatt der BVVDN e. V. das zehnbändige Lexikon »Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945. Ein biographisches Lexikon« erarbeiten. Wir bitten alle Mitglieder der DRAFD, uns bei der notwendigen Archivierungsarbeit der DRAFD-Unter-

lagen zu unterstützen, egal in welcher Form, um alles Faktenmaterial aus dem Leben und Wirken unserer Mitglieder für die Geschichtsarbeit zu erhalten. Es darf nichts vergessen werden aus der Geschichte des Widerstandes gegen die faschistische Barbarei.

Günter Wehner



Erfahrungen an die Jugend weitergeben

Werte Freunde, Kameraden und Genossen,

Ich wäre gerne mal wieder bei euch, viele kenne ich ja sicher gar nicht mehr, warum auch? Ich tat meine Pflicht an der Seite der heute nicht mehr lebenden Kameraden. Habe viele Erfahrungen an die Jugend weiter geben können. Das zeigt unsere Zusammenkunft der Schüler, die 1973 die Schule verlassen haben. Es war ein sehr mitreißendes Erlebnis zu sehen, dass wir vieles übertragen konnten, dass wir richtig gearbeitet haben.

Sie meinten: Uns hat die DDR geformt und wir bleiben dabei. Diesen Erfolg kann mir keiner nehmen.

Es bleibt nur noch, euch Erfolg für den 22. November zu wünschen. Wenn ihr zurückschaut und solches erleben könnt, so seid zufrieden. Ich rate nur: Denkt immer mit und nach und lasst euch nicht entführen. Wir waren besser als viele glauben.

Mit besten Wünschen
W. Kübelbäck, Neubrandenburg

**Wir finanzieren
diese Zeitung
durch Spenden!**

DRAFD
Postbank Berlin,
Konto-Nr. 5444 18-108,
BLZ 100 00 10

Da der Verband DRAFD als
gemeinnützig anerkannt ist, sind
Spenden steuerlich absetzbar

DRAFD unterstützt »Zivilcourage vereint«

Reina-und-Ernst Melis-Preis ermöglicht Jugendlichen Fahrten zu Stätten europäischen Widerstandes

»Unter dem Slogan »Zivilcourage vereint!« wollen wir eine alte Tradition neu benennen und zukünftig unter diesem Motto fortführen: Antifaschismus europaweit praktizieren, etablieren, honorieren.

Unser alljährliches Engagement, über einen antifaschistischen Wettbewerb und eine anschließende Bildungsreise junge Leute zum kreativen und intelligenten Widerstand gegen neofaschistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten zu ermuntern und ihr bereits bestehendes Engagement zu würdigen, geht in diesem Jahr in seine 5. Runde.

Es geht unserem Verein um ein Lernen aus der Vergangenheit für das heutige Engagement gegen den wieder erstarrenden Rechtsradikalismus in Europa. Wir wollen mit unseren Reisen an die Orte antifaschistischen Widerstandes junge Leute erleben lassen, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eintraten. Ihre Zivilcourage soll uns Vorbild sein für ein engagiertes, kraftvolles und vereintes Auftreten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. Dabei sollen die Jugendlichen Geschichte am Orte des Geschehens durch Zeitzeugen und da-

mit aus erster Hand erfahren.« So heißt es auf der Seite <http://www.zivilcourage-vereint.de/>.

Belgien, Italien, Spanien, voriges Jahr Griechenland und in diesem Jahr Österreich waren und sind die konkreten Zielregionen des Abschlusses des jeweiligen Wettbewerbs.

Fünf Abgeordnete der Bundestagsfraktion »Die Linke« unterstützen derzeit dieses Vorhaben mit ihren persönlichen finanziellen Beiträgen.

Voriges Jahr haben sich mein Bruder François und ich entschieden, diesem Verein unsere unmittelbare materielle Unterstützung anzubieten, damit schon ab 2008 ein junger Mensch mehr diese einmalige Erfahrung miterleben kann. Bewusst haben wir eine Summe gewählt, die für viele Jahre eine solche Teilnahme absichert, denn ein solches Vorhaben braucht eine langfristige materielle Absicherung.

Es können hier nicht alle Motive benannt werden, die uns zu dieser Entscheidung zur Auslobung eines »Reina-und-Ernst Melis-Preises« veranlasst haben. Zwei zentrale Momente möchte ich jedoch aufführen, weil sie hoffentlich auch andere Mitglieder von DRAFD anregen: Junge Menschen sollen vor Ort und in ganz Europa diese Idee des

Widerstandes kennen lernen können, so wie sich unsere Eltern als Teil des europäischen, ja weltweiten Widerstandes gegen den Faschismus verstanden haben.

Es war ein Teil europäischer Vereinigung, die heute im Prozess der EU weitgehend ausgeblendet bleibt, aber schon im Hinblick auf den antifaschistischen Hintergrund einer Reihe von Gründervätern und -müttern des sich einigenden Europas in das Gedächtnis gerufen werden muss.

Es war Gesine Löttsch, die als fraktionslose Abgeordnete im Deutschen Bundestag, also unter denkbar schwierigen Verhältnissen, ein solches Projekt initiiert hat, nachdem sie bereits am Erfolg einer Jugendreise nach Oradour sur Glane 2004 einen ganz persönlichen Anteil hatte. Sie hat auch die nachfolgende Zusammenarbeit der Teilnehmer begleitet und unterstützt.

Inzwischen gibt es also den selbständigen Verein »Zivilcourage Vereint«, der diese Vorhaben bündelt und die wichtige Brücke zwischen Zeitzeugen, Erfahrungsorten und Nachgeborenen sowie Interessierten begehbar macht. Das »Griechenlandtagebuch« ist wirklich allen Lesern zu empfehlen.

Charles Melis

Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Preisträger nahm an einer Bildungsreise nach Griechenland teil und traf viele Zeitzeugen

... Ich bin einer von den beiden, der eine Bildergeschichte zur KZ-Gedenkstätte Moringen gezeichnet hat, nachdem ich dort ein entsprechendes Seminar besucht hatte.

Sie sind derjenige, der mir über den Wettbewerb »Zivilcourage vereint« den Preis zuerkannt hat. Über diese Anerkennung, ich habe gelesen, dass ich der erste Melis-Preisträger bin, habe ich mich wirklich sehr gefreut.

Vor zwei Wochen bin ich nun mit den anderen aus Griechenland zurückgekehrt (jetzt stecke ich im Vorabitur, deshalb schreibe ich jetzt erst).

Ich gebe ehrlich zu, ich hatte – bis zu dem Vorbereitungsseminar im August in

Berlin – keine Vorstellungen von jenen Taten deutscher Wehrmachtsoldaten in Griechenland. Umso wichtiger war es für mich und sicher auch die anderen Jugendlichen, diese Orte zu sehen und von Bürgermeistern und Zeitzeugen zu hören, was damals geschah. So kann ich dann auch hier in Deutschland davon erzählen, damit es nicht vergessen wird. Denn es ist ja wichtig, dass Menschen unserer Generation auch noch wissen, was damals los war – denn so wie in zweistündigen Kinofilmen war es ganz bestimmt nicht.

An diesen Orten in Griechenland hat man sehr viel für die Geschichtsaufarbeitung getan. Was mich erstaunt hat:

Ich habe keinen Hass erlebt. Man ist aufeinander zugegangen. Ich weiß natürlich nicht, ob das jetzt nur von mir so empfunden wurde oder ob das wirklich so ist.

Mit Geschichte werde ich mich natürlich weiter befassen, Geschichte interessiert mich, denn sie ist ja ein Teil von uns. Und besonders bei diesem Teil der Geschichte ist es ja wichtig, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Außerdem ist mein Vater Jahrgang 1938.

Ich bedanke mich nochmals ganz ganz herzlich!«

*12. November 2008,
Henry Ehrenheim-Schmidt,
Einbeck/Niedersachsen*

Kommunikationsplattform ins Leben gerufen

Netzwerk der DRAFD-Freunde und Angehörigen wird aktiv

Die DRAFD hat bisher von dem Erfahrungsschatz der mehr als 1.000 Deutschen gelebt, die in den Armeen der Antihitlerkoalition gegen den Faschismus gekämpft haben. Davon gehören heute noch knapp 100 dem Verband an. Das Netzwerk will den Erfahrungsschutz dieser Personen an jüngere Menschen weitergeben, z. B. an junge Männer, die vor der Entscheidung stehen, ob sie den Wehrdienst antreten sollen oder nicht. Gerade heute, da die »Interessen der Bundesrepublik am Hindukusch verteidigt werden«, sind solche Entscheidungshilfen bedeutsam. Das Netzwerk

will auf neue Art und Weise Kindern und Enkeln von DRAFD-Angehörigen, aber auch Sympathisanten, die nicht Mitglied werden, sondern an einzelnen Projekten auf Zeit mitarbeiten wollen oder einfach nur Fragen haben, eine Kommunikationsplattform schaffen.

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, erhält Informationen über Veranstaltungen und die Nachrichten der DRAFD. Er kann aber auch einfach nur etwas spenden oder an Veranstaltungen teilnehmen.

Bezieher der DRAFD-Informationen sollten überlegen, welche Jüngeren

sie einen unverbindlichen Kontakt zum Netzwerk vermitteln.

Mögliche »Projekte« sind z. B. der Gedankentausch von Angehörigen, deren Väter von 1940 bis 1945 in Griechenland als Soldat am Krieg teilnahmen. Ein anderes Anliegen könnte sein, den Kontakt zu Jugendlichen in anderen Ländern herzustellen und zu fördern. Dazu müsste die Webseite der DRAFD mehrsprachig gestaltet werden und Links zu den Seiten befreundeter Organisationen anderer Länder, die sich dem Thema in ähnlicher Weise verpflichtet fühlen, geschaltet werden.

Kontakt zum Netzwerk kann aufgenommen werden

1. über info@drafd.de,
 2. mit einem Brief an DRAFD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
 3. telefonisch über Walter Schönfeld 0163-436 49 66
- oder durch Teilnahme am Treffen des »Netzwerkes«.

Das erste Treffen findet am 21. April 2009 um 17.00 Uhr in der VVN-BdA-Bundesgeschäftsstelle, 6. Stock im Bürohaus Franz-Mehring-Platz 1 statt. Bei dem Termin sollen künftige gemeinsamen Vorhaben vereinbart werden. Ferner geht es um das Thema »Deutsche Antifaschisten in Südfrankreich nach der Besetzung 1942-1945 (Travail Allemand und Résistance)« sowie um die Frage »Wie können alte Unterlagen genutzt werden? (Archivierung, Herausgabe eines Buches oder einer DVD, Verwertung im Internet)«.

*Walter Schönfeld
Charles Melis*



In ihrem Diskussionsbeitrag auf der DRAFD- Wahlversammlung widmete sich Sonja Moldt (stehend) dem Thema Aufarbeitung von Archivmaterial. Foto: J. Haseloff

Herausgeber: DRAFD e. V. (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland«) e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, **Verantwortlich:** Dr. Gisela Petruschka, **Kontakt:** haseloff@vvn-bda.de, Telefon: 030-29 78 41 75, **Redaktion und Gestaltung:** Juliane Haseloff, **Druck:** MediaService, 10243 Berlin, **Redaktionsschluss:** 25. Januar 2009

Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion!

- Ich hätte gern Informationen über die DRAFD und ihre Veranstaltungen.
 Ich möchte gern im Netzwerk mitarbeiten.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Ort: _____

Postleitzahl: _____

Bitte einsenden an DRAFD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Krisen – Kriege – Hoffnungen

Das Jahr 2009 – ein Jahr des historischen Gedenkens



1929 – mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse bricht die Weltwirtschaftskrise aus.



1939 – der Spanische Bürgerkrieg ist beendet. Tausende von Interbrigadisten werden in Lagern u. a. in Frankreich inhaftiert.



1939 – mit dem »Münchener Abkommen« ist der Weg frei für die Zerschlagung der Tschechoslowakei und den Marsch gen Osten.



2009 ist wie schon vielfach angekündigt zu einem Jahr des historischen Gedenkens proklamiert worden. Als solches soll es vor allem auch eine Funktion in den unterschiedlichen Wahlkämpfen in der Bundesrepublik Deutschland spielen. Zweifellos ist es verständlich, wenn politische Parteien auch die Erinnerung an zurückliegende Ereignisse, noch dazu historische Jubiläen dazu nutzen, um auf frühere Erfolge ihres Wirkens, seien es sogar auch nur vermeintliche, zu verweisen und dadurch zusätzliche Wählerstimmen zu gewinnen. Zu einer Änderung der Politik führt das auch nach deutschen Erfahrungen nicht oder kaum. Umso wichtiger dürfte es sein, den Blick auf die Geschichte und damit historische Erfahrungen, auch nicht angenehme und tragische, für die Bewältigung aktueller Probleme und drohender Herausforderungen zu nutzen. Und da jähren sich 2009 einige markante Ereignisse, an die auch unser Verband erinnern soll. Dies umso mehr als sie unmittelbar mit den Traditionen der deutschen Antifaschisten verbunden sind, die in unterschiedlicher Weise die Antihitlerkoalition unterstützten und erforderliche Schlussfolgerungen aus den damals schicksalhaften Jahren gezogen haben. Heute geht es ja auch darum, diese nach wie vor aktuellen Lehren weiter überzeugend zu vermitteln.

Vor 80 Jahren

Einige Prioritäten des Gedenkens seien genannt. Vor 80 Jahren im Oktober 1929 wurde mit dem Bankenkrach in den USA die bis dahin tiefste und verhängnisvollste weltweite Krise ausgelöst. Sie ist in vielem vergleichbar mit der heutigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch ich möchte auch auf einen spezifischen Aspekt verweisen. Sie bildete in Deutschland zugleich den Auftakt zur Errichtung der faschistischen Diktatur und in deren Folge zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die aggressiven und imperialistischen Kreise des Großkapitals. Die Gefahr des Faschismus und eines ungezügelt Militarismus, der sogar die weitere Existenz der menschlichen Zivilisation bedrohen sollte, wurde damals zunächst in Deutschland wie auch weltweit unterschätzt.

Sie ergab sich zweifellos aus verschiedenen Umständen, aber eben auch als eine Option jener Kräfte, die darin wie in der Aufrüstung und dem Missbrauch des militärischen Faktors in der Politik für sich einen Ausweg aus den von ihnen selbst noch verschärften sozialen und politischen Widersprüchen und den Folgen ihrer ungezügelt Profitgier erhofften.

Vor 70 Jahren

Der 1. September 1939, die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch den deutschen Faschismus war nach zehn Jahren auch eine Folgeerscheinung der Weltwirtschaftskrise. Natürlich nicht ausschließlich, sogar nicht primär. Unmittelbar vorangegangen war die Beschwichtigungspolitik Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der wachsenden Aggressivität des deutschen Imperialismus. Sie gipfelte im Herbst 1938 im Münchner Diktat, das seinerseits im März 1939 zur Zerstückelung und Liquidierung der Tschechoslowakei führte. Aber auch in der von Paris und London geduldeten, eigentlich geförderten Niederschlagung des republikanischen Spanien im Frühjahr 1939 durch die faschistischen Achsenmächte. Es folgte die Absage an ein kollektives Sicherheitssystem, das geeignet wäre, gemeinsam mit der Sowjetunion den vom NS-System offen verkündeten Aggressionsdrang nach Osten zu durchkreuzen. Nach der Tschechoslowakei wurde auch Polen – diesmal trotz einer lediglich verbalen Unterstützung – seinem Schicksal überlassen. Aus der mit militärischer Gewalt durchgesetzten Idee vom neuen Lebensraum erwuchs der Anspruch des »Dritten Reichs« auf eine europäische und dann auch eine globale Vorherrschaft. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion artete dieser 1941 vollends auf einen brutalen Vernichtungskrieg aus. Die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges sollte mit seinen Folgen – das besonders auch für unseren Verband – primäre Bedeutung im historischen Gedenkjahr 2009 zukommen. Das aber auch aus anderen Gründen. 1945 herrschte weltweit in der Öffentlichkeit die Zuversicht vor, dass der unter so schweren Opfern be-

Fortsetzung von Seite 8 endete Zweite Weltkrieg die letzte große militärische Auseinandersetzung gewesen sei.

Vor 60 Jahren

Doch sehr bald erwuchs dem militärischen Faktor wieder eine furchterregende Priorität zu, nicht zuletzt in der internationalen Politik. 2009 zu begehende Gedenktage bestätigen das auf ihre Weise. Erwähnt sei die 1949 erfolgte Gründung der NATO als eines von der UNO separaten und unter der Regie der USA stehenden militärpolitischen Blocks. Auch mit der im gleichen Jahr vollzogenen staatlichen Spaltung Deutschlands und ihren Folgen verschärfte sich der Kalte Krieg und mit ihm die nicht selten ausufernde bedrohliche Konfrontation. Bezeichnenderweise setzte sich Konrad Adenauer bereits Ende 1949 für eine Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland ein. Wie er in seinen Erinnerungen betonte, sollte so auf dem Weg über die Wiederbewaffnung die volle Souveränität der Bundesrepublik erreicht werden.

Vor 50 Jahren

Ein Jahrzehnt später pochte er dann auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg, damit auch die Lehren des 1. September 1939 und seiner schlimmen Folgen trugen vor fünf Jahrzehnten in vielen Ländern zu neuen Bemühungen bei, dem erneuten Konfrontationskurs in der internationalen Politik ein völkerrechtlich verbindliches Sicherheitssystem entgegenzusetzen, zu dem auch ein deutscher Friedensvertrag gehören sollte.

Vor 40 Jahren

Weitere diverse Forderungen nach einer zunehmenden Eliminierung des militärischen Faktors aus der Politik gehörten dazu. Zu ihnen gehörte der von der Sowjetunion 1959 der UNO unterbreitete Vorschlag für eine umfassende totale Abrüstung, der zweifellos nicht allein daran scheiterte, dass er in nur vier Jahren initiiert worden war. Trotzdem blieb die Abrüstung zumindest für weitere drei Jahrzehnte auf der Tagesordnung, wenn sich auch gerade in diesem Zeitraum mehrfach Situationen ergaben, in denen ein neuer Vernichtungskrieg, die Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation drohte.

Mit dem zunehmenden Entspannungsprozess, der trotz aller Inkonsequenz weltweit, darunter auch zwischen den beiden deutschen Staaten nach 1969 einsetzte, reiften neue Hoffnungen für einen stabilen Frieden.

Vor 20 Jahren

Die sogenannte Wende vor 20 Jahren mit ihren globalen Auswirkungen, weckte unanhängig von ihrer Bewertung bei sehr vielen Menschen neue Erwartungen hinsichtlich einer historisch wirksamen Eliminierung des militärischen Faktors aus der internationalen Politik. Bekanntlich trat das Gegenteil ein. Forcierte Aufrüstung und selbst neue Kriege wurden zu einer ständigen Begleiterscheinung. Dabei lagen ihnen weitgehend analoge Ursachen wie früher zu Grunde, wurden sie mit ähnlichen Lügen wie in der Vergangenheit gerechtfertigt und so als ein angeblich legitimes Mittel der Politik ausgegeben. Und das in vielen Erdteilen, auch in Europa. 1999, also vor zehn Jahren, beteiligten sich erstmalig deutsche Streitkräfte wieder an einem Angriffskrieg.

Wenn 2009 zu einem besonderen Gedenkjahr proklamiert wurde, sollte die wohl wichtigste Lehre der Geschichte prononciert berücksichtigt werden: Ein stabiler Frieden und die Abschwörung der Anwendung und Androhung von militärischer Gewalt ist und bleibt die entscheidende Voraussetzung, um einen Absturz in die Barbarei, unter heutigen Bedingungen selbst das Ende der menschlichen Zivilisation zu verhindern.

Stefan Doernberg



1989 – am 9. November fällt die Mauer. In der weiteren Entwicklung wird die Einheit Deutschlands wieder hergestellt.



1. September 1939 – mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.



Bald liegen viele Städte in Schutt und Asche und an den Fronten wird erbittert gekämpft.



1949 – nur vier Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges erwächst mit der Gründung der NATO ein neues Bedrohungspotenzial.



1949 – mit der Gründung der Bundesrepublik im Mai wurde die Spaltung Deutschlands besiegelt. Im Oktober des selben Jahres wird die Regierung der DDR gebildet. (Foto)

Verfolgung, Verhaftung, Gefängnis und KZ

Zur Geschichte des »Bundes der Freunde der Sowjetunion«

Am 4. November 1928 wurde in der Weimarer Republik der »Bund der Freunde der Sowjetunion« gegründet.

Der »Bund« trat dem Antikommunismus entschieden entgegen und verbreitete konkrete Kenntnisse über die Sowjetunion. Ein erster entscheidender Schritt zur Gründung des »Bundes der Freunde der Sowjetunion« (BdFSU) war die Tagung am 18. September 1928 in Berlin, auf der sich das Berliner Komitee des BdFSU konstituierte. Der Arzt Dr. Max Hodann, der den Vorsitz des Berliner Komitees übernahm, führt über die Aufgabenstellung des Bundes u. a. aus: »Die Bewegung der Freunde der Sowjetunion stelle als politische Organisation keine Konkurrenz zur »Gesellschaft der

Freunde des neuen Russland« dar, da diese Gesellschaft ein wissenschaftliches und künstlerisches Tätigkeitsfeld habe. Die »Bewegung der Freunde der Sowjetunion« hingegen will alle Aktivposten aus den Arbeiterorganisationen und intellektuellen Kreisen sammeln zu einer Front gegen die drohende Kriegsgefahr zum Schutze für die Sowjetunion. Von dieser Berliner Tagung aus trafen die Freunde des Bundes die Vorbereitungen für den ersten Kongress der »Freunde der Sowjetunion« im Reichsmaßstab.

Dieser erste Reichskongress des BdFSU wurde für den 4. November 1928 nach Berlin in das ehemalige Preußische Herrenhaus einberufen. Das Vorbereitungskomitee verfasste einen Aufruf, der

am 1. Oktober 1928 an die fortschrittliche demokratische Presse gegeben wurde. Er erschien Mitte Oktober 1928 gleichzeitig in mehreren Zeitungen und Zeitschriften. Der Aufruf begann mit den Worten: »An alle Arbeiterorganisationen! Arbeiter, Intellektuelle, Freunde der Sowjetunion! Auf zum ersten Reichskongress der Freunde der Sowjetunion! ...«

165 Delegierte, darunter die Werktätigen von 35 Berliner Betrieben, sowie Schaffende aus Kunst, Wissenschaft und Literatur, die sich mit dem Proletariat verbunden fühlten beschlossen die Gründung des BdFSU. Delegiert waren Vertreter bereits bestehender Ortskomitees des BdFSU, von proletarischen Massenorganisationen und von pazifistischen Vereinigungen. Von den Delegierten des Kongresses gehörten 58 der KPD, 35 der SPD an, 66 waren parteilos, drei gehörten dem Sozialistischen Bund, zwei dem KJVD und ein Teilnehmer der Christlich-Sozialistischen Reichspartei an. Repräsentativ vertreten waren auf dem Kongress das »Einheits«-Komitee, das die Arbeiterdelegationen in die ►

Sie gehörten dem Reichskomitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion an: die beiden KPD-Reichstagsabgeordneten Fritz Heckert (oben links) und Franz Dahlem (daneben), Dr. Max Hodann, Arzt und Sexualhygieniker (unten links), die Frauenrechtlerin und Sexuakreformerin Dr. Helene Stöcker (mitte) sowie der Schriftsteller Kurt Hiller (rechts).





Im Preussischen Herrenhaus in der Berliner Leipziger Straße, dem ehemaligen Plais der Familie Mendelssohn-Bartholdy, tagte am 4. November 1928 der erste Reichskongress des Bundes der Freunde der Sowjetunion. Zu den Rednern gehörten u. a. Ernst Toller (unten links) und Helene Overlach (rechts).



Fortsetzung von Seite 10 UdSSR organisierte, die Internationale Arbeiterhilfe, der Rote Frauen- und Mädchenbund, die Liga für Menschenrechte und die »Gesellschaft der Freunde des neuen Russland.«

Der Kongress gestaltete sich zu einer glänzend verlaufenden Kundgebung. Als Redner traten auf: Dr. Max Hodann, Ernst Toller, Dr. Gumbel u. a. Kurze Ansprachen hielten Helene Overlach als Vertreterin des »Frauenbundes« und Theo Overhagen im Namen der Arbeiterdelegierten, die die Sowjetunion besucht hatten. In der Nachmittags Sitzung stand der organisatorische Aufbau des Bundes zur Debatte. Die Delegierten

beschlossen, in Form von lokalen Komitees, die im ganzen Reichsgebiet zu organisieren waren, die Basis des Bundes zu schaffen. Nach dem Vorbild der KPD-Betriebszellen sollten die Mitglieder des Bundes auch auf Betriebsbasis organisiert werden. Diese Betriebsgruppen sollten dann den Kern der BdFSU-Ortsgruppen bilden. In der Diskussion hoben einige Delegierte hervor, das Schwerk Gewicht des Bundes auf die Verbreitung von Kenntnissen über die Sowjetunion – teils durch Gäste, teils durch Vorträge sogenannter Russlandreisender (Delegierter) – zu legen.

Die Kongressdelegierten wählten ein Reichskomitee, bestehend aus 29 Per-

sonen. Ihm gehörten u. a. an: Fritz Heckert KPD, Mitglied des Reichstages, Franz Dahlem, KPD Reichstagsabgeordneter, Dr. Helene Stöcker, Bund für Mutterschutz und »Gesellschaft der Freunde des neuen Russland«, Dr. Max Hodann, Arzt und Sexualhygieniker, Dr. Kurt Hiller Schriftsteller, Prof. Dr. Gumbel, Historiker und Adolf Deters, Vertreter der Berliner Verkehrsbetriebe sowie weitere Vertreter Berliner Großbetriebe wie der



AEG und der Siemens-Werke.

Über das Ziel des Bundes geben die Texte der Mitgliedskarten Auskunft. Es konnten noch einige über die Zeit der NS-Diktatur trotz aller Gefahren aufbewahrt werden, so z. B. von der starken auch nach 1933 illegal wirkenden Leipziger Gruppe um Lina und Richard Plock sowie von Berliner Mitgliedern des BdFSU. Zweck und Ziel des Bundes, hieß es auf den roten Mitgliederkarten, ist die Zusammenfassung aller Kräfte, die bereit sind, die Sowjetunion zu verteidigen sowie die weiteste Aufklärung über die wirkliche Lage in der Sowjetunion zu verbreiten. Aus der Sicht einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter bestand das Ziel des Bundes in der »Schaffung einer kampfbereiten Einheitsfront zur Verteidigung der Sowjetunion in den Betrieben und allen Schichten des arbeitenden Volkes.«

Große Aktivitäten entfaltete der Bund von 1928 bis 1933 bei der Vorbereitung und Durchführung der Antikriegskundgebungen, die am 1. August jedes Jahres stattfanden.

Nach Anbruch der Nacht des Faschismus in Deutschland reihten sich ►

Fortsetzung von Seite 11 nicht wenige Freunde des BdFSU in die unsichtbare Front der Widerstehenden gegen das NS-Regime ein; ganz unabhängig ob sie bis 1933 in der KPD, SPD und in den Gewerkschaften organisiert waren oder keiner Partei angehörten jetzt, nach Errichtung der braunen Diktatur setzten sie sich mit ganzer Kraft gegen diese zur Wehr.

Bereits im Februar und März 1933 prangerten sie in selbstgefertigten Flugschriften, die in Gartenlokalen, Sprechzimmern der Ärzte, Kaufhäusern, Straßenbahnen und auch bei Behörden verbreitet wurden, den Terror der SA-Horden an. Oft tauchten Handzettel auf, worauf geschrieben stand: »Der Bund der Freunde der Sowjetunion lebt!« Von der Lebenskraft der Landesorganisation in Sachsen z. B. zeugt die fortbestehende Verbindung zur Reichsleitung in Berlin und die Kontakte nach Essen, Zwickau, Reichenbach, Plauen, Aue, Borna, Chemnitz, Zschopau, Zwickau und Meuselwitz bei Leipzig.

Die umfangreichen Aktivitäten des Bundes blieben der Gestapo nicht verborgen. Fieberhaft suchte sie nach dessen Mitgliedern. In einem Lagebericht der Gestapo im Frühjahr 1935 heißt es: »Unmittelbar nach der Auflösung der KPD und ihrer Nebenorganisationen am 3. März 1933 (gemeint ist die Notwendigkeit in die Illegalität zu gehen G. W.) setzte die illegale Tätigkeit der ehemaligen Funktionäre der Freunde der Sowjetunion ein. Der damalige Reichsleiter Karl Becker geboren am 19. November 1894 in Hannover, zur Zeit vermutlich in Prag oder Amsterdam aufhältlich und der Expedient Paul Dietrich, zur Zeit in den skandinavischen Ländern, beriefen im März/April 1933 eine Funktionärsversammlung zur Tegeler Heide ein, an der ca. 35-40 Personen teilnahmen. Bei dieser Versammlung unter freiem Himmel wurde beschlossen, dass der Bund der Freunde seine Tätigkeit wieder aufnehmen müsse. Es wurde angeregt, rege Propaganda zu treiben, die alten Genossen aufzusuchen, Mitgliedsbeiträge zu kassieren und die illegalen Schriften des Bundes zu vertreiben. Zunächst begnügte man sich damit illegale Schriften mit Schreibmaschine geschrieben und auf Wachsmatrize abgezogen herzustellen. ...«

Maßgeblich beteiligt am Herstellen und Verbreiten der Flugschriften waren die in Berlin-Neukölln lebenden Antifaschisten

Bruno Dieckow, Friedrich Scharfenberg und Otto Tech nebst weiteren Helfern aus anderen Berliner Stadtbezirken. Vermutlich ab März 1934 erschien die erste im Rotationsdruck hergestellte Miniaturausgabe des Bundes mit dem Kopf »Sowjetrußland heute« Organ der Freunde der Sowjetunion Deutschlands.« In Berlin wurden 1934 monatlich 900 illegale Schriften verbreitet. Es gelang auch, nach Leipzig, Chemnitz und in das Rheinland etwa 1.000 Exemplare zu versenden.

Im Frühjahr 1933 setzte sich die Reichsleitung des Bundes aus folgenden Personen zusammen Karl Becker, Paul Dietrich mit dem Decknamen »Scholli« und Gerda Platschek. Diese Leitung bestand bis zum November 1933, weil zu diesem Zeitpunkt Paul Dietrich in die Emigration ging.

um eine rege illegale Propaganda in den Berliner Betrieben. Aus diesem Grund sind 1934 drei Delegationen bestehend aus Frauen und Männern nach Russland entsandt worden. Die notwendigen Reisepapiere und Geldmittel beschaffte der Bund. Dank vieler Helfer konnten die verdeckten Reiserouten zusammengestellt werden, um das Ziel Sowjetunion zu erreichen. Die Antifaschisten nutzten insbesondere die legale Reisemöglichkeit in die Tschechoslowakei. In Prag traf man sich, um dann gemeinsam weiterzureisen. Die Teilnehmer der Delegationen betrieben nach ihrer Rückkehr rege Propaganda für den Bund der Freunde der Sowjetunion. Die im März, Mai und November 1934 entsandten Delegationen zeugen von der erfolgreichen konspirativen Tätigkeit des Bundes. Die Reisenden berichteten nach ihrer Rück-



Die Berliner Leitung des Bundes bestand bis Oktober/November 1933 aus den Bundesmitgliedern Robert Steglich, Friedrich Scharfenberger, Walter Heller und dem Antifaschisten »Harry« sein richtiger Name blieb unbekannt und Georg Müller mit dem Decknamen »Egon«. Ab November 1933 wurde aus konspirativen Gründen die Reichsleitung mit der Berliner Leitung zusammengelegt. Ihr gehörten an: Karl Becker, Gerda Platschek, Georg Müller, Alfred Lindemann, Walter Heller, Siegmund Sredzki, »Harry« und »Piepel« der ebenfalls nicht ermittelt werden konnte. Im Oktober 1934 ging Karl Becker in die Emigration, da er als langjähriger Reichsleiter des Bundes und Mitglied des Preußischen Landtages zu bekannt und gefährdet war. Die Leitung des Bundes bemühte sich

kehr in Berlin und anderen Orten über die persönlichen Eindrücke ihrer Reise. In der UdSSR selbst informierten sie ihren Gastgeber über das herrschende Terrorregime in Deutschland. Die im März 1934 organisierte Reisegruppe bestand überwiegend aus Frauen, die zum Internationalen Frauentag nach Moskau reisten. Zu den Teilnehmerinnen gehörten aus Berlin-Prenzlauer Berg Irene Harloff, Anna Krause und Margarethe Sredzki.

Irene Harloff schrieb in ihren Erinnerungen begeistert von dem herzlichen Empfang in Moskau, von den Begegnungen mit sowjetischen Frauen. In den drei Wochen ihres Aufenthalts sammelten die Reisetilnehmerinnen nachhaltige Eindrücke über das Leben in der Sowjetunion, Treffen mit Arbeitern festigten die Freundschaft und die inter-►

Fortsetzung von Seite 12 nationale Solidarität. Anna Krause, eines der ältesten Delegationsmitglieder, erhielt als Geschenk eine goldene Damenarmbanduhr mit eingravierter Widmung, die an ihre Teilnahme am Internationalen Frauentag 1934 in Moskau erinnerte. Die Uhr überdauerte die Zeit der Illegalität. Nach ihrer Rückkehr verbreiteten die Frauen ihre Erlebnisse durch geschickte Mundpropaganda.

Dank der Überzeugungskraft und den organisatorischen Fähigkeiten des Leitungsgliedes Siegmund Sredzki war es möglich, dass unter den harten illegalen Bedingungen »Der Bund der Freunde der Sowjetunion in den Jahren 1933 und 1934 sein Wirken fortsetzen konnte.

Monatelang bemühte sich die Gestapo, die in Berlin und den anderen Städten wirkenden Antifaschisten des Bundes aufzuspüren. Am 7. Dezember 1934 wurde Siegmund Sredzki nebst zehn Kampfgefährten verhaftet. In den nachfolgenden Wochen bis Mitte März 1935 erfolgte eine Verhaftungswelle der 149 Antifaschisten zum Opfer fielen. Nach wochenlangen Verhören erfolgte die Anklage durch die NS-Justiz. In neun Prozessen aufgegliedert von »A bis J« bekamen die Frauen und Männer, die illegal den Bund der Freunde der Sowjetunion bis zum Ende des Jahres 1934 erfolgreich weiterführten die Rache des Terrorregimes zu spüren. Im Prozess »A« in dem die Hauptverantwortlichen nach Ansicht des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshofs zusammengefasst waren wurden angeklagt und verurteilt: Der Dreher Siegmund Sredzki, seine Frau Margarethe Sredzki beide in Berlin Prenzlauer Berg wohnhaft, die Stenotypistin Gerda Platschek aus Berlin-Mitte, der Friseur Georg Müller aus Berlin-Pankow, die Versicherungsbeamtin Therese Dorfner aus Berlin-Prenzlauer Berg, der Weber Robert Steglich aus Berlin-Friedrichshain, der Theaterleiter Alfred Lindemann aus Berlin-Prenzlauer Berg, der Schlosser Friedrich Scharfenberger aus Berlin-Prenzlauer Berg, der Werkzeugmacher Erich Brachmann aus Berlin-Neukölln und der kaufmännische Angestellte Otto Stahl aus Berlin-Mitte. In der über 50 Seiten starken Anklageschrift hob der Staatsanwalt hervor, dass die Angeklagten »... im Innland, insbesondere in Berlin, Leipzig und Magdeburg, die Angeschuldigten Müller, Gerda Platschek und Margarete Sredzki auch im

Ausland insbesondere in Prag und Moskau in den Jahren 1933 und 1934 unter sich und mit anderen gemeinschaftlich und fortgesetzt illegal handelten. ...«

Ausführlich ging der anklagende Staatsanwalt des Volksgerichtshofes darauf ein, dass die Angeschuldigten am Wiederaufbau bzw. Erhalt des Bundes der Sowjetfreunde an führender Stelle sowie an der Verbreitung von Druckschriften beteiligt waren. Gerda Platschek wurde ferner vorgeworfen die Kassenleiterin der Reichsleitung des Bundes gewesen zu sein und Georg Müller als Verbindungsmann der Reichsleitung zur Berliner Leitung des Bundes tätig war. Hervorgehoben wurde auch, dass am 3. März 1933 die Räume des Internationalen Büros des Bundes in Berlin-Mitte, Dorotheenstr. 19 nach einer Durchsuchung polizeilich geschlossen wurden. Laut Anklageschrift hatte zu diesem Zeitpunkt der Bund etwa 30.000 Mitglieder. Als Bundeszeitung wurde die in der Citydruckerei hergestellte Druckschrift »Sowjetrußland heute« in einer Auflage von 60.000 Stück herausgegeben. Ferner ist dem Schriftstück zu entnehmen, dass unmittelbar nach der Schließung des Büros in Berlin Karl Becker und Paul Dietrich erste Schritte in die Illegalität des Bundes einleiteten. Sie beriefen die zu erreichenden Mitglieder zu einer Beratung in der Tegeler Heide ein. Dort wurden die notwendigen Schritte erörtert, um illegal weiterzuarbeiten im Sinne des Bundes. Bereits im April 1933 erschien die erste Ausgabe einer illegalen Bundeszeitung im monatlichen Abstand mit einer Auflagenhöhe von 100 bis 300 Exemplaren. Die Vielfältigkeit erfolgte an verschiedenen Orten Berlins. Die Verbreitung innerhalb der Stadt organisierte Georg Müller. Zu Beginn des Jahres 1934 schuf die Reichsleitung Voraussetzungen für die Herausgabe einer illegal gedruckten Zeitung, die offensichtlich im Ausland gedruckt wurde, da sich im Innland keine Druckmöglichkeit fand. Im Juni/Juli 1934 erschien die erste Nummer der Druckschrift »Sowjetrußland heute« im Kleinformat. Diese erste illegale Auflage betrug etwa 2.000 Exemplare. Neben der Bundeszeitung gab die Reichsleitung einen hektografierten Pressedienst heraus, der fast jede Woche, aber auch in größeren Zeitabständen erschien. Besonders hervorgehoben wurde in der Anklageschrift »A«, dass in den illegalen Druckschriften der »Nationalsozi-

alismus« verhöhnt, die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik in ungewöhnlich verlogener und gehässiger Weise verun-



glimpft wurden sowie den Lesern nahe gelegt wurde, dass eine Beseitigung des faschistischen Regimes im Interesse aller Werktätigen geboten sei.

»Die hochverräterischen Ziele des Bundes, so der Staatsanwalt, kennzeichnet am treffendsten ein in der zweifellos von den Angeschuldigten abgedruckter Artikel in der Ausgabe Nr. 8/1934 mit der Überschrift:

»Die Aufgaben der FSU in Deutschland

1. Wir müssen verstehen und danach handeln, dass unser Kampf für die Wahrheit über die Sowjetunion und ihre Verteidigung nur als Kampf gegen die Hitlerregierung geführt werden kann.

2. dass der Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland nur mit dem Sturz der Hitlerregierung ... ein Ende gemacht werden kann.... Unsere Aufgaben liegen in erster Linie auf agitatorischem Gebiet. ... Unser wichtigstes Mittel sind unsere Zeitungen. ... Ein Mittel von nicht geringerer ist das organisierte Abhören des Moskauer Rundfunks. ... Von großer Bedeutung für unsere Arbeit sind die Arbeiterdelegationen nach der SU und ihre Berichterstattung. Wir haben bereits einige Delegationen trotz Naziterror mit gutem Erfolg entsandt. Wir werden weitere entsenden. Ihre Basis muss aber noch breiter, ihre Berichterstattung noch besser organisiert werden. Insbesondere gilt es dabei, dass wir mit unserer ganzen Agitation Richtung nehmen auf die Arbeiter in den ►

Fortsetzung von Seite 12 kriegswichtigen Betrieben und Industrien, aus ihren Reihen Delegierte zu entsenden, in ihren Reihen Bericht zu erstatten. Ebenso gilt es, in den faschistischen Massenorganisationen, wie Arbeitsfront, Hitlerjugend, usw. jede Möglichkeit für unsere Agitation auszunutzen.«

Zusammenfassend hob der Ankläger in der 70 Seiten starken Anklageschrift hervor, dass alle zehn Angeklagten sich in erschwerter Form des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten haben.

Am 4., 5. und 8. Juni 1936 erfolgte vor dem 1. Senat des Volksgerichtshofs der Prozeß und die Verurteilung von Siegmund Sredzki und dessen Kampfgefährten.

Die Angeklagte Therese Dorfner wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Das Verfahren gegen Alfred Lindemann wurde eingestellt, da ihm der innere Tatbestand eines Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat nicht nachzuweisen war, sondern nur der Verstoß gegen das Parteigesetz. Georg Müller erhielt mit sechs Jahren Zuchthaus die höchste Strafe ihm folgte Siegmund Sredzki mit fünf Jahren Zuchthaus. Das Strafmaß für die anderen Angeklagten schwankte zwischen drei und zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Lediglich Robert Steglich erhielt wegen geringfügiger Teilnahme an den Widerstandsaktionen des Bundes ein Jahr Gefängnis.

Im Prozess »B« standen 15 Angehörige des Bundes am 8. Oktober 1935 vor dem 4. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin. Sie kamen überwiegend aus Berlin-Neukölln, vier Angeklagte wohnten in Finowfurth, einer in Berlin-Spandau und einer kam aus Ruhlsdorf. In dieser Prozessgruppe befanden sich zwei Frauen. Der Fliesenleger Bruno Dieckow wurde mit fünf Jahren Zuchthaus am härtesten bestraft. Ihm wurde vor allem vorgeworfen, bereits seit 1930/31 bis zu seiner Verhaftung am 7. Januar 1935 ununterbrochen für die Ziele des Bundes der Freunde der Sowjetunion gewirkt zu haben. Seine Kampfgefährten erhielten ebenfalls langjährige Zuchthausstrafen. Im Prozess »C« standen 19 Angeklagte vor dem Kammergericht in Berlin, das im Zeitraum Oktober/November 1935 alle Prozesse von »B« bis »J« durchführte. Insgesamt wurden 129 Antifaschisten zu langjährigen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt. In den Prozessen »H«



Sredzkistraße in Berlin Prenzlauer Berg erinnert an den am 11. Oktober im KZ Sachsenhausen ermordeten Siegmund Sredzki (unten links). Die Stele in der Danziger-/Ecke Disterwegstraße gedenkt der Antifaschisten des Stadtbezirks. Foto: J. Harnisch



und »J« standen Jugendliche zwischen 16 bis 21 Jahren vor den NS-Richtern. Sie hatten wie Gerhard Sredzki, der Sohn von Margarete und Siegmund Sredzki sich im illegalen KJVD engagiert und den Bund der Freunde der Sowjetunion indirekt unterstützt ohne dort Mitglied gewesen zu sein.

Karl Becker, der als Reichsleiter in die Emigration gegangen war und von Amsterdam und Paris aus die Weiterführung des Bundes mitorganisierte und nach Kriegsausbruch in den Reihen der französischen Résistance kämpfte, wurde im Juni 1941 von der französischen Polizei verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. Er wurde am 4. September 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee am 1. Dezember 1942 hingerichtet. Sein Kampfgefährte Siegmund Sredzki kam unmittelbar nach seiner Strafverbüßung in das KZ Sachsenhausen. Dort fand er Anschluss an die illegale Lagergruppe

deutscher und ausländischer Häftlinge und leistete mit ihnen unter den unmenschlichen Bedingungen im Konzentrationslager illegale Arbeit. Er wurde am 11. Oktober 1944 mit 23 deutschen und französischen Häftlingen wegen der Teilnahme am Widerstand im Konzentrationslager Sachsenhausen erschossen. An sein Widerstehen gegen das NS-Regime erinnert die Sredzki-Straße in Berlin-Prenzlauer Berg und die Gedenktafel an der Ringmauer der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

Mit der Zerschlagung der Struktur des Bundes der Sowjetunion hörte der Widerstand der Wenigen, die den Massenverhaftungen 1934/35 entkamen nicht auf. Sie suchten sich neue Kontakte zu Gleichgesinnten. Auch die aus den Haftanstalten entlassenen wie Gerhard Sredzki und seine Frau Gerda Sredzki geb. Wess sowie Karl Ziegler setzten nach dem Kriegsausbruch in der Jacob/Saefkow/Bästlein-Organisation ihren Kampf gegen die braune Barbarei fort.

Günter Wehner

Stalingrad trieb ihn um

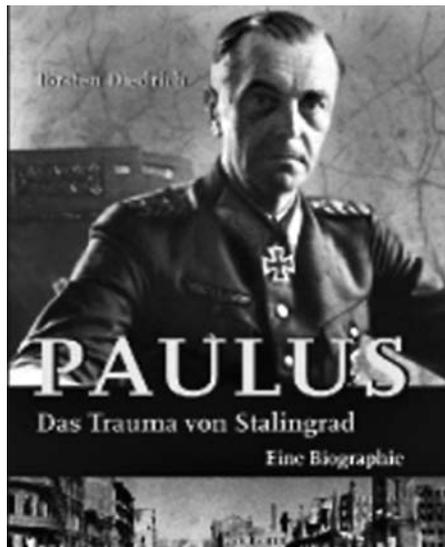
Paulus-Biografie zeichnet differenziertes Bild einer Persönlichkeit

In der hundertfach beschriebenen Stalingrader Schlacht ist natürlich die Verantwortung von Friedrich Paulus, des Generalfeldmarschalls der letzten Tage und Oberbefehlshaber der 6. Armee der deutschen Wehrmacht für deren Untergang erörtert worden. Diedrich schildert den Lebensweg des bürgerlicher Herkunft entstammenden Paulus vor und nach Stalingrad erstmals vollständig. Natürlich wird dabei das für Paulus zum Trauma gewordene Stalingrad in das Blickfeld des Lesens gerückt.

Da der Autor den Werdegang von Paulus bis zur Übernahme des Oberbefehls über die 6. Armee und danach weitgehend unter psychologischen Aspekten verfolgt, wird dessen nahezu ausschließlich auf Befehl und Gehorsam beruhendes Verhalten zumindest teilweise erklärbar, aber nicht entschuldbar, wie der Autor mehrfach hervorhebt. Autoritätsgläubigkeit hat die Erziehung von Paulus, wie zahlreicher anderer Generale und Offiziere der Wehrmacht, bereits in ihrer Leutnantszeit bestimmt. Für die meisten waren sie auch Leitmotiv ihres Verhaltens im Kessel von Stalingrad. Diedrich schildert das alles detailliert, wobei er die Schuld des Generalfeldmarschalls differenziert bewertet.

Erstmals werden das Verhalten von Paulus in sowjetischer Gefangenschaft und seine Haltung in der DDR ausführlich geschildert. Natürlich wurde Paulus als rangmäßig höchster Kriegsgefangener in der Sowjetunion in besonderer Weise umworben. Man hoffte, aus ihm eine Galionsfigur gegen das NS-Regime machen zu können. Doch erst nach langem Zögern und Schwanken fand sich Paulus zur Zusammenarbeit mit dem Nationalkomitee »Freies Deutschland« bereit. Der weiter anhaltende Prozess der Selbstfindung von Paulus wurde durch Vincenz Müller, der sich – so Diedrich – seit 1944 mehr oder minder zum politischen Berater des Feldmarschalls entwickelt habe und es bis zu seiner Heimkehr und wohl auch danach noch geblieben sei, unterstützt und gefördert. Im Prozess der geistigen Auseinandersetzungen und Überlegungen, die relativ breit geschildert sind, kristallisierte sich immer mehr der aufrichtige Wille von Friedrich Paulus heraus, sowohl ge-

genüber der Sowjetunion, als auch am deutschen Volk Wiedergutmachung zu leisten. Das waren auch ausschlaggebende Beweggründe für seinen Auftritt im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, bei dem er als Zeitzeuge Details über den vom Generalstab seit Sommer



Torsten Diedrich

Paulus. Das Trauma von Stalingrad. Eine Biographie. Ferdinand Schöningh, Paderborn u. a. 2008, 579 Seiten, 51 Abbildungen 39,90 Euro

1940 geplanten Angriffskrieg gegen die UdSSR bestätigte, sowie auch für seinen später einvernehmlich mit der sowjetischen Führung gefassten Entschluss, sich in die DDR repatriieren zu lassen. Nach den vielen Gerüchten, die es zu früheren Zeiten gegeben hat, erfährt der Leser nunmehr authentisch, wie sein Verhältnis zur DDR tatsächlich gewesen ist. Neben militärgeschichtlichen Forschungen, denen sich Paulus zuwandte, sah die politische Führung der DDR eine zweite grundlegende Aufgabe für den Generalfeldmarschall a. D. darin, ihn für den Kampf gegen die Westintegration der Bundesrepublik und die gegen den Osten gerichtete Wiederaufrüstung einzusetzen. Diesem Anliegen dienten unter anderem zwei deutsch-deutsche Offizierstreffen im Januar und im Juni 1955. Im Buch ist zu lesen, dass Paulus bei allen Gesprächen mit Ost- und Westdeutschen immer wieder Stalingrad the-

matisiert habe. Das »Trauma Stalingrad« trieb ihn um und bestimmte sein Denken und Handeln. Es sollte ihn bis in den Tod begleiten.

Gestützt auf einen umfangreichen, teilweise erstmalig ausgewerteten Quellenfundus und auf die Befragung zahlreicher Zeitzeugen und Familienangehöriger räumt Torsten Diedrich mit vielen Vorurteilen auf, weitet den Blick auf das Denken und Handeln eines Mannes, der deutsche Geschichte mitschrieb und dabei scheiterte.

Paul Heider

In konsequenter Fortsetzung meiner Haltung als Armeeführer hielt ich mich nicht für berechtigt, aus der Kriegsgefangenschaft – also unter dem Anschein der Zusammenarbeit mit einem Gegner Deutschlands – In das Schicksal meines Vaterlandes einzugreifen. Darum bin ich auch dem im Herbst 1943 unter der Leitung des General v. Seydlitz gegründeten Bund Deutscher Offiziere In der Bewegung »Freies Deutschland« zunächst nicht beigetreten... Dann aber war ich mir darüber klar geworden: Hitler konnte nicht nur den Krieg nicht gewinnen, sondern er durfte ihn auch gar nicht gewinnen im Interesse der Menschheit, aber auch Im Interesse des deutschen Volkes selbst. Besonders schwer lastete auf mir der Gedanke, dass damit das Opfer der 6. Armee bei Stalingrad, als Wende des Krieges, sinnlos geworden war. Es hat mit dazu beigetragen, den Krieg zu verlängern und damit die Gesamtopfer des deutschen Volkes noch zu steigern ... Immer mehr erkannte ich in den Grundsätzen und Zielen der Bewegung »Freies Deutschland« nicht nur den Maßstab für die Beurteilung des ganzen Krieges, sondern auch den einzigen Wegweiser für die Zukunft des deutschen Volkes, sowohl hinsichtlich der Ausrottung des Nationalsozialismus und aller seiner Wurzeln wie auch hinsichtlich eines neuen demokratischen Staatsaufbaus. In der Sowjetunion, die trotz des ihr durch uns zugefügten ungeheuren Unrechts diese Bewegung »Freies Deutschland« gefördert hat, lernte ich nun einen ehrlichen Hilfe für die Zukunft kennen.

Friedrich Paulus zur Begründung seines Anschlusses an das Nationalkomitee »Freies Deutschland«, August 1944

Erinnerungen an einen »German Miner«

Nur 32-jährig kam Kurt Gruber bei einem Fallschirmeinsatz ums Leben

Im Jahr 2006 bekam ich plötzlich einen Anruf von dem New Yorker Rechtsanwalt Jonathan Gould, der mich fragte, ob ich Kurt Gruber aus meiner Emigration in Glasgow gekannt habe. Ja, ich kannte Kurt Gruber als deutschen Antifaschisten, der seine Pflicht zur Niederschlagung des Naziregimes darin sah, seinen Beruf als Bergarbeiter unter den sehr schlechten Bedingungen in den schottischen Kohlegruben auszuüben. Dies hieß, in Stollen mit ca. 120 cm durchschnittlicher Höhe im Wasser liegend, Kohle abzubauen. Gleichzeitig war Kurt aktiv im Schottischen Bergarbeiterverband und überzeugte seine Kollegen von der Notwendigkeit höchster Leistungen und so viel wie möglich Kohle für die britische Kriegswirtschaft zu gewinnen. Zu diesem Zweck schrieb er für einen Verband z. B. die Broschüre »I was a German Miner« (Ich war ein deutscher Bergarbeiter). Hierin erläuterte er seinen Kampf als junger Ruhrkumpel gegen den aufkommenden Faschismus und den politischen Hintergrund der Nazidiktatur. Sein einziger Bruder Karl war bereits 1931 an seiner statt von den Nazis erschossen worden, und es wird gesagt, dass fast die gesamte Bevölkerung seiner Heimatstadt Ahlen in Westfalen hinter seinem Sarg marschierte.

Nach der Machtübernahme durch die Nazis musste Kurt in die Illegalität. Wegen großer Gefährdung ging Kurt in die Prager Emigration. Von dort ging Kurt

zehnmal als Kurier nach Berlin. Nach der Okkupation der Tschechoslowakei gelang ihm die Flucht nach Großbritannien, wo ich ihn dann 1942 in Glasgow kennenlernte. In der Gruppe der FDJ in Großbritannien sprach er darüber, wie ein neues demokratisches Deutschland aussehen müsste und wir Mitglieder nach Deutschland zurückkehren sollten, um mitzuhelfen, die Naziideologie zu überwinden.

Warum nun rief mich Jonathan Gould aus New York an? Sein in den 90er-Jahren verstorbener Vater war 1944 in London als Offizier des US-Militärgeheimdienstes OSS betraut worden, erfahrene deutsche Antifaschisten auffindig zu machen, die bereit waren, in ihnen bekannten Orten in Nazideutschland mit einem Fallschirm abzuspringen und US-Streitkräften sie interessierende Informationen zu übermitteln. Es konnten neun Personen auf diese Weise rekrutiert werden. Kurt Gruber, der im Sommer 1944 seine schottische Frau Jessy heiratete, war einer von ihnen. Bei seinem Einsatz am 14. März zerschellte der moderne US-Jagdbomber, der nur ein- bis zweihundert Meter über dem Erdboden flog, an einem Hügel an der deutsch-belgischen Grenze. Er war den ganzen Flug auf dem Bauch liegend im Bomberschacht untergebracht. Vor dem Absprung in seiner Heimat, dem Ruhrgebiet, sollte er durch den Piloten mit einem Klopffzeichen verständigt werden.

So verstarb der 32 Jahre alte Kurt, nur wenige Monate nach seiner Hochzeit.

Er ist auf einem Soldatenfriedhof der US-Armee in Belgien als Deutscher Zivilist beigesetzt. Kurz nach Kriegsende wurde das OSS aufgelöst und von der CIA übernommen. Diese informierte seine Frau nur von seinem Tod, ohne nähere Umstände zu nennen. Sie erhielt eine einmalige Entschädigung von 3.000 Dollar. Die näheren Umstände seines Todes wurden erst nach ersten Freigaben aus den Geheimarchiven bekannt. Jonathan Gould versuchte nun, das Vermächtnis seines Vaters zu erfüllen und den Mitgliedern der Gruppe, die später in der DDR lebten und denen die Anerkennung durch die CIA versagt wurde, späte Genußtuung zu gewähren und postum durch die US-Regierung zu erwirken. Dies gelang in einigen Fällen, so im Falle von Anton Ruh, dem ehemaligen Botschafter der DDR in Rumänien.

Durch eine neue Aktenfreigabe wurde erst kürzlich bekannt, dass die Frau von Kurt Gruber die postum an Kurt Gruber verliehene Medaille »Silver Star« überreicht bekam. Da sie Kommunistin war, wurde sie von Mitarbeitern der CIA zu Hause in London abgeholt, ihr wurden die Augen verbunden und so in ein Büro gebracht, wo ihr die Augenbinde abgenommen wurde, dann wurde ihr die Medaille überreicht und sie kehrte wieder nach Hause zurück.

Kurt Guttmann

Wer kann Mitglied des Verbandes DRAFD werden?

»Mitglied können alle Personen werden, die ehemals der Résistance, den Widerstandsbewegungen in den von der deutschen Wehrmacht okkupierten Ländern, den alliierten Streitkräften und der Bewegung »Freies Deutschland« angehörten, sowie die vom Naziregime in Sippenhaft genommenen Angehörigen, die die Satzung anerkennen und Beitrag zahlen. Kindern, Enkeln und weiteren Angehörigen, sowie jeder volljährigen Person und Institutionen, die den Zweck des Verbandes bejahen und fördern wollen, steht die Mitgliedschaft offen.« Jahresbeitrag 20,- Euro.

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben einsenden an: DRAFD, Geschäftsstelle Berlin, Bürohaus Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Name/Vorname:.....

Anschrift/Telefon:.....

Datum/Unterschrift:.....